

4369

KR-Nr. 306/2005

**Bericht und Antrag
des Regierungsrates an den Kantonsrat
zum dringlichen Postulat KR-Nr. 306/2005
betreffend Beibehaltung der bisherigen
und Schaffung von zusätzlichen Lehrstellen
bei der kantonalen Verwaltung**

(vom 13. Dezember 2006)

Der Kantonsrat hat dem Regierungsrat am 9. Januar 2006 folgendes von Kantonsrätin Karin Maeder-Zuberbühler, Rüti, und Kantonsrat Ralf Margreiter, Zürich, am 7. November 2005 eingereichte dringliche Postulat zur Berichterstattung und Antragstellung überwiesen:

Der Regierungsrat wird ersucht, dafür zu sorgen, dass in den kommenden Jahren weiterhin zwei Klassen für KV-Lernende in der kantonalen Verwaltung geführt werden und auf die geplante Reduktion verzichtet wird. Ebenso soll der Regierungsrat dafür besorgt sein, dass der Kanton auch in anderen Bereichen mehr Lehrstellen schafft.

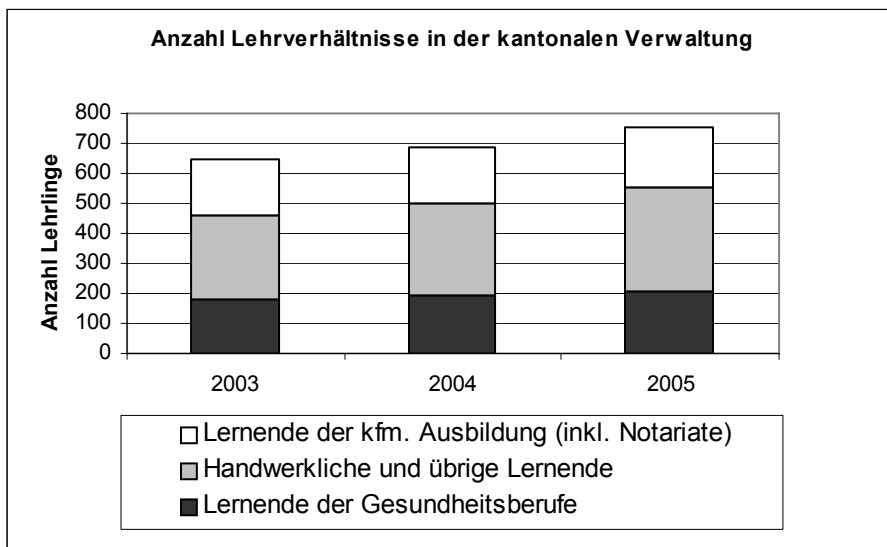
Der Regierungsrat erstattet hierzu folgenden Bericht:

1. Ausgangslage

Die Lehrstellensituation hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert. Der Übertritt von der Schule in die berufliche Grundbildung bleibt jedoch für einen Teil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger weiterhin schwierig. Die Anzahl der Schulabgängerinnen und -abgänger wird bis 2008 noch zunehmen. Massnahmen im Bereich der Volksschule und der Berufsberatung haben zum Ziel, die Vorbereitung der Jugendlichen auf den Eintritt in die berufliche Grundbildung zu verbessern. Ein grösseres Lehrstellenangebot erhöht die Chance auf einen direkten Übertritt und vermindert die Notwendigkeit, auf Brückenangebote der Gemeinden oder der Arbeitslosenversicherung auszuweichen.

In seiner Stellungnahme zum vorliegenden Postulat hat der Regierungsrat bekräftigt, dass er als Arbeitgeber wie auch unter Gesichtspunkten der Bildung und der Volkswirtschaft an der gezielten Förderung Jugendlicher interessiert ist. Damit bekennt sich der Kanton zu seiner Verantwortung und setzt sich für die Ausbildung von jungen Menschen mit einem breiten Angebot an Ausbildungsplätzen ein.

Unten stehendes Diagramm zeigt die quantitative Entwicklung aller bei der kantonalen Verwaltung bestehenden Lehrverhältnisse. Ende 2005 waren bei den kantonalen Dienststellen insgesamt 753 Lernende in Ausbildung. Über die Periode von 2003 bis 2005 hat die Anzahl der Lehrstellen um 106 Stellen zugenommen, was einem Anstieg von gut 16% entspricht. Diese Zunahme ist wesentlich geprägt durch die Erhöhung der Ausbildungsplätze im handwerklichen Segment (+ 24%) sowie in den Gesundheitsberufen (+ 17%). In der Berichtsperiode wurde auch die Anzahl Lernender in kaufmännischer Ausbildung gesteigert (+ 5%).



Quelle: Personal- und Lohnstatistik, Finanzdirektion Personalamt Kt. Zürich

Der weitere Ausbau der Lehrstellenangebote verlangt eine genaue Analyse, bei welchen Lehrberufen eine Stellenerhöhung sinnvoll ist. Kriterien hierfür sind die Sicherstellung der Qualität der Ausbildung sowie deren Nachhaltigkeit, d. h. die Prüfung, ob die Absolventinnen und Absolventen der neu geschaffenen Lehrstellen auch vom Arbeitsmarkt aufgenommen werden. Ein drittes Kriterium ist die Beschränkung auf geeignete Bewerberinnen und Bewerber.

2. Lehrstellenpolitik und -planung der kantonalen Verwaltung

Im Folgenden soll ein Überblick über den gegenwärtigen Stand der Lehrstellensituation und über die vom Regierungsrat beschlossenen Massnahmen zur Stärkung des Lehrlingswesens in der kantonalen Verwaltung gegeben werden.

2.1 Berufliche Grundbildung Kauffrau/Kaufmann

Seit 1973 ist das Personalamt (Abt. Personalentwicklung) für die Anstellung und Betreuung der kaufmännischen Lernenden der kantonalen Verwaltung zuständig. Die Lernenden durchlaufen in einem Rotationssystem verschiedene Ämter, Abteilungen und Betriebe. Die zentrale Stelle für die berufliche Grundbildung Kauffrau/Kaufmann beim Personalamt ist sowohl für die Rekrutierung, Anstellung und Betreuung der KV-Lernenden als auch für die Organisation, Selektion und Evaluierung der neuen Ausbildungsplätze sowie für die Schulung von Berufsbildnerinnen und Berufsbildnern zuständig. Zurzeit sind beim Personalamt rund 110 Verträge mit Lernenden in kaufmännischer Ausbildung in Kraft.

Auf den Lehrbeginn 2007 hat der Regierungsrat einen weiteren Klassenzug bewilligt. Somit werden ab Sommer 2007 insgesamt rund 130 bis 140 Jugendliche ihre KV-Ausbildung bei kantonalen Dienststellen absolvieren. Neben dem E-Profil (Erweiterte Bildung) und dem M-Profil (mit Berufsmatur) wird auch das B-Profil (Basisausbildung) angeboten. Damit erhalten auch schulisch schwächere Jugendliche die Möglichkeit, eine KV-Lehre zu absolvieren.

Die schrittweise Erhöhung der KV-Ausbildungsplätze darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass weiterhin die Eignung der Bewerbenden und die hohe Qualität der Ausbildung im Vordergrund stehen. Um Letztere zu gewährleisten, organisiert das Personalamt für die Berufsbildnerinnen und Berufsbildner auch künftig Erfahrungstagen und

bietet Weiterbildungen und Schulungen an (z. B. Umgang mit der neuen kaufmännischen Grundbildung, NKG).

Da die Lage auf dem Arbeitsmarkt die nahtlose Aufnahme der Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger nicht sicherstellt, hat das Personalamt seine Aktivitäten zur Unterstützung der Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger hinsichtlich Anschlusslösungen verstärkt. So werden frühzeitig Elternabende zu diesem Thema organisiert und den Lernenden wird Unterstützung im Erstellen ihres Bewerbungsdossiers angeboten. Auch wird der Kontakt mit den Personalverantwortlichen der Direktionen gepflegt.

2.2 Berufliche Grundbildung Informatik

Die Informatikausbildung ist derzeit noch dezentral organisiert. Die verschiedenen Ausbildungsstellen sind auf die kantonalen Dienststellen verteilt. Diesen obliegt die Rekrutierung, die Anstellung, Betreuung und Ausbildung der Lernenden sowie die Organisation, Selektion und Evaluierung der neuen Ausbildungsplätze und die Schulung von Berufsbildnerinnen und Berufsbildnern. Gegenwärtig werden dezentral in verschiedenen kantonalen Dienststellen insgesamt 32 Informatik-Lernende ausgebildet. Das Potenzial von Informatik-Lehrstellen in der kantonalen Verwaltung ist damit jedoch noch nicht ausgeschöpft.

Der Regierungsrat hat deshalb beschlossen, die Anzahl Informatik-Lehrstellen ab Lehrbeginn 2007 zu erhöhen sowie die Informatik-Lehre beim Personalamt zentral zu organisieren. Geplant ist, das Lehrstellenangebot in den nächsten vier Jahren schrittweise auf rund 70 Ausbildungsplätze zu erhöhen. Dies soll unter Wahrung der oben genannten Kriterien geschehen (Qualitätssicherung, Nachhaltigkeit und die Beschränkung auf geeignete Bewerberinnen und Bewerber). Zudem wird ein besonderes Augenmerk auf die Förderung von jungen Frauen für diesen Ausbildungszweig gelegt. Die schrittweise Einführung lässt genügend Zeit, die neuen Ausbildungsplätze aufzubauen und Berufsbildnerinnen und Berufsbildner zu finden. Analog zur KV-Ausbildung ist ein Rotationssystem vorgesehen. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass sich die meisten Lernenden das Basiswissen im 1. Lehrjahr bei der Zürcher Lehrmeistervereinigung Informatik (ZLI) aneignen und ab dem 2. Lehrjahr die praktische Ausbildung bei einer kantonalen Dienststelle beginnen. Grundsätzlich bestehen Einsatzmöglichkeiten für alle drei Richtungen der Informatik-Lehre (Support, Systemtechnik und Applikationsentwicklung).

Zur Umsetzung dieser Massnahmen wurde beim Personalamt die Stelle des «Leiters Informatikausbildung» geschaffen. Dem inzwischen angestellten Mitarbeiter sind insbesondere folgende Aufgaben übertragen:

- Die schrittweise Erhöhung der Anzahl kantonalen IT-Lehrstellen.
- Die qualitätssichernde Evaluation von bestehenden und neuen kantonalen Ausbildungsplätzen sowie von betrieblichen Berufsbildnerinnen und Berufsbildnern.
- Die Durchführung von Werbemassnahmen für die Lehrstellen sowie der Vollzug einer systematischen Bewerbungsevaluation mit Informationsveranstaltungen, Tests usw. mit dem Ziel, geeignete und motivierte Lernende auszuwählen und anzustellen.
- Die Zuteilung der Ausbildungsplätze im Einvernehmen mit den Lernenden und den Berufsbildnerinnen und Berufsbildnern.

Ziel ist die professionelle Betreuung einer fachlich hoch stehenden, lernzielorientierten und den gesetzlichen Bestimmungen entsprechenden, kompetenzorientierten Grundbildung Informatik gemäss Bundesamt für Berufsbildung und Technologie. Damit sollen fähige und motivierte Informatikerinnen und Informatiker ausgebildet werden.

2.3 Handwerkliche und übrige Lernende

Bisher werden einzig die KV-Lehrgänge zentral vom Personalamt organisiert. Ab Lehrjahr 2007 gilt dies – wie erwähnt – auch für die Informatiklehrgänge. Die übrigen Berufslehren in der kantonalen Verwaltung werden dezentral organisiert und budgetiert. Auf Grund der Vielfalt von Berufen und der unterschiedlichen Ausbildungsformen hat sich diese dezentrale Organisation der Lehrlingsausbildung in Bezug auf Ausbildungsqualität und Kostenoptimierung bewährt.

Die Finanzdirektion wurde beauftragt, eine zentrale Informations- und Kontaktplattform für sämtliche Ausbildungen von Lernenden beim Kanton einzurichten. Diese soll u. a. ein Kommunikationskonzept für die gesamte Ausbildung erarbeiten. Sie soll aktiv in der Zusammenarbeit mit dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt sowie dem Personalcontrolling sein. Sie soll auch verantwortlich sein für die Erarbeitung und Pflege von Daten im Zusammenhang mit der Ausbildung der Lernenden. Zusätzlich obliegt ihr die berufsübergreifende Weiterbildung für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner aller Lehrberufe. Sie organisiert Erfahrungs- und Fachtagungen im Zusammenhang mit der Lernendenausbildung. Ziel dieser Plattform ist es, einen direktionsübergreifenden Überblick über die Vielfalt des kantonalen

Lehrstellenangebots zu gewähren. Dadurch soll ein einheitlicher kommunikativer Auftritt des Kantons als interessante und attraktive Lehrfirma ermöglicht werden. Ebenso soll auch dokumentiert werden, dass der Kanton an der Förderung und Ausbildung von Jugendlichen interessiert ist und in welchem Ausmass er diese volkswirtschaftlich bedeutende Aufgabe wahrnimmt.

3. Kosten- bzw. ressourcenseitige Auswirkungen der eingeleiteten Massnahmen

Für den zusätzlichen Klassenzug von 25 KV-Lernenden ab 2007, den schrittweisen Auf- und Ausbau der zentralen Informatikausbildung auf rund 70 IT-Lernende ab 2007 sowie die Errichtung einer Informations- und Kontakt-Plattform für alle Berufslehren wurden zusätzliche finanzielle Mittel im KEF 2007–2010 eingestellt. Um die neuen Aufgaben erfüllen zu können und eine qualitativ hoch stehende Ausbildung weiterhin sicherzustellen, wurden dem Personalamt zwei zusätzliche Stellen bewilligt.

Gestützt auf diesen Bericht beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, das dringliche Postulat KR-Nr. 306/2005 als erledigt abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:	Der Staatsschreiber:
Diener	Husi